

Konsolidierungsnachweis KEF-RP

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
 Fachbereich Kommunales und Recht
 Kurfürstenstraße 16
 54516 Wittlich

Vollzug des „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“;
 Nachweisverfahren gem. § 5 des Konsolidierungsvertrages für das Haushaltsjahr **2017**

1. Angaben zum Zuweisungsempfänger:

Verbandsgemeinde Ortsgemeinde

Name:	Gielert (Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf)		
Anschrift:	Saarstraße 7, 54424 Thalfang		
Vertrag vom:	19.12.2013	Beitritt zum:	01.01.2014

Liquiditätskreditbestand zum 31.12.2009 (§ 2 Abs. 1 S. 1):	136.638 €
Konsolidierungsbeitrag der Kommune (§ 2 Abs. 2 S. 2):	2.376 €
Jahresleistung (§ 2 Abs. 1 S. 2):	7.129 €
Konsolidierungsergebnis (Mindestnettotilgung, § 2 Abs. 3):	5.703 €

2. Stand der Liquiditätskredite gem. 3.1.1.1 des Leitfadens zum KEF-RP:

(Muster 5 -Konsolidierungspfad- bitte beifügen)

Stand	Zielgröße	IST-Größe	Mindest-Netto-tilgung	Tatsächliche Tilgung
Nachweisvorjahr 31.12.2016	119.529 €	232.244 €	5.703 €	0 €
Nachweisjahr 31.12.2016	113.826 €	240.927 €	5.703 €	0 €

3. Dem Verwendungsnachweis sind folgende Unterlagen beigelegt:

Konsolidierungspfad gem. Muster 5 zum Leitfaden KEF-RP ja nein

Weitere Anlagen (z.B. Nachweis/Begründung bei Nichterreichen der Mindestnettotilgung) ja nein

4. Zahlenmäßiger Nachweis:

Lfd-Nr.	Buchungsstelle (Produkt / Konto)	Kurzbezeichnung der Konsolidierungsmaßnahme (gem. § 3 Abs. 1 Konsolidierungsvertrag)	Maßnahme umgesetzt			Nettokonsolidierungsbeitrag		Differenz Soll/Ist mehr (+) / weniger (-)
			ja	nein	teilw	Soll-Betrag (EUR)	IST-Betrag (EUR)	
1	6110.40110000	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A von 320 % auf 340 %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	157€	153,93€	-3,07€
2	6110.40120000	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B von 320 % auf 342 %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	186€	180,06€	-5,94€
3	6110.41490000	Entnahme Rücklage FV Thalfang	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	2.033€	745,25€	- 1.287,75 €
4			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€	€	€
5			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€	€	€
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€	€	€
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€	€	€
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€	€	€
			Gesamt:			2.376€	1.079,24€	- 1.296,76€

	Realisierter Konsolidierungsbeitrag (IST-Betrag):	1.079,24€
(+)	Übertrag aus Vorjahr (Überschreitung (+) / Unterschreitung (-)):	0,00€
(=)	anrechnungsfähiger Konsolidierungsbeitrag:	1.079,24€
(-)	Jährlich geschuldeter Konsolidierungsbeitrag (kommunaler Drittelanteil gem. § 2 Abs. 2 Konsolidierungsvertrag):	2.376,00€
(=)	Überschreitung (+) / Unterschreitung (-):	- 1.296,76€

Basieren die vorgenannten Ist-Zahlen auf dem festgestellten Jahresabschluss für das maßgebende Haushaltsjahr? ja nein

5. Bestätigung:

Es wird bestätigt, dass

- die allgemeinen Nebenbestimmungen des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Leistungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) beachtet wurden,
- die Angaben unter 4. den vom Verbandsgemeinderat/Ortsgemeinderat festgestellten Jahresabschlüssen (§ 114 GemO) entsprechen; soweit bei Erstellung dieses Konsolidierungsnachweises nur „vorläufige“ Jahresabschlüsse vorlagen, wird die Übereinstimmung der Angaben mit den festgestellten Jahresabschlüssen unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Verbandsgemeinderat/Ortsgemeinderat unaufgefordert in einem gesonderten Schreiben bestätigt,
- der geschuldete Konsolidierungsbeitrag wie dargestellt erbracht worden ist,
- im Falle der Inanspruchnahme der Ausnahmebestimmung des § 2 Absatz 3 Satz 2 Konsolidierungsvertrag zum einen die Unmöglichkeit der Realisierung des regelmäßigen Netto-Tilgungsziels vorlag und zum anderen eine Rückführung des Liquiditätskreditbestandes bzw. eine Verminderung der Neuaufnahme von Liquiditätskrediten zumindest im möglichen Umfang vorgenommen wurde (vgl. hierzu 6.2.01 „Häufig gestellte Fragen zum KEF-RP“).

Gielert,
(Ort, Datum)


 Beigeordnete/r
 (Unterschrift des Ortsbürgermeisters bei Ortsgemeinden bzw.
 Bürgermeister bei verbandsfreien Gemeinden/Verbandsgemeinden)



Dieser Abschnitt ist nur durch die Bewilligungsbehörde auszufüllen!!!

6. Prüfung des Verwendungsnachweises durch die Bewilligungsbehörde:

Der Verwendungsnachweis wurde gemäß dem Leitfaden zum Kommunalen Entschuldungsfonds geprüft. Es ergaben sich	
<input type="checkbox"/> keine Beanstandungen	<input type="checkbox"/> die aus der Anlage ersichtlichen Beanstandungen
Aufgrund des Ergebnisses der Prüfung ist	
<input type="checkbox"/> nichts weiteres zu veranlassen	<input type="checkbox"/> folgendes zu veranlassen

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
 Fachbereich 10 - Kommunales und Recht
 54516 Wittlich, _____

 (Unterschrift)

Anlage zum Konsolidierungsnachweis

Berechnung der Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Grundsteuerhebesätze

1. Erhöhung des Hebesatzes der GSt A von 320 % auf 340 %:

Aufkommen 2017 insgesamt laut Jahresrechnung:	2.616,75
Grundzahl (Aufkommen /Hebesatz 2017 = 340%)	769,63
Grundzahl x Differenz von 320% zu 340% = IST-Betrag	153,93

2. Erhöhung des Hebesatzes der GSt B von 320 % auf 342%:

Aufkommen 2017 insgesamt laut Jahresrechnung:	9.019,37
Grundzahl (Aufkommen/Hebesatz 2017 = 365%)	2.471,06
Grundzahl x Differenz von 338 % zu 320 %	444,79
Umlagebelastung 2017 = 81,60; 18,40 % vom Mehrbetrag	81,84
zusätzlich Grundzahl x Differenz von 338 % zu 342 %	98,84
Ist-Betrag 2017	180,68

OG Gielert

Berechnung bereinigte Liquiditätskredite nach den Vorgaben des KEF-RP zum 31.12.2017

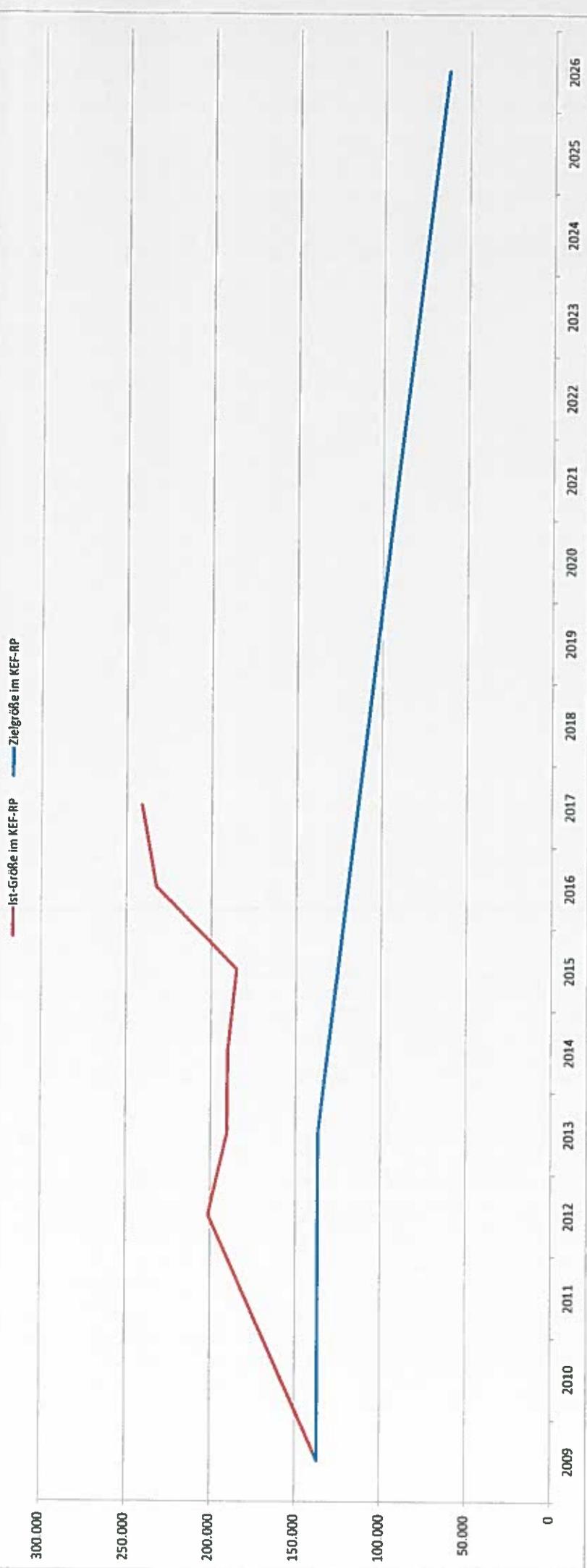
Verbindlichkeiten ggü. der Verbandsgemeinde zum 31.12.2017	276.327,52
./. vorfinanzierte Investitionsauszahlungen *	35.400,26
= Bereinigter Bestand der Liquiditätskredite zum 31.12.2017	240.927,26

* Vorfinanzierte Investitionsauszahlungen:

Investitionskostenumlage Grundschulen 2016	104,96
Investitionskostenzuschuss Breitbandausbau	10.865,89
LEADER-Maßnahme Inwertsetzung Dorfmittelpunkt (Anteil 2016)	6.100,00
Investitionskostenumlage Grundschulen 2017	1.471,00
Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED	6.358,41
LEADER-Maßnahme Inwertsetzung Dorfmittelpunkt (Anteil 2017)	10.500,00
Summe:	35.400,26

	31.12.2009	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026
Zielgröße	136.638	136.638	136.638	130.935	125.232	119.529	113.826	108.123	102.419	96.716	91.013	85.310	79.607	73.904	68.201	62.498
Ist-Größe	136.638	201.254	190.260	190.077	184.974	232.244	240.927	108.123	102.419	96.716	91.013	85.310	79.607	73.904	68.201	62.498

Konsolidierungspfad der Gemeinde Gielert im KEF-RP, 2014 bis 2026, in Euro (ohne Nachholung 2012/2013)



**Vollzug des „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“;
Nachweisverfahren gem. § 5 des Konsolidierungsvertrages für das Haushaltsjahr 2017
Ortsgemeinde Gielert**

Begründung der Nichterreicherung der Mindestnetttilgung in Höhe von 5.703 €

Gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 des Konsolidierungsvertrages verpflichtet sich die teilnehmende Kommune, ihren Bestand an Liquiditätskrediten jährlich mindestens in Höhe von 80 v.H. der auf sie entfallenden Jahresleistungen des KEF-RP zu vermindern (Konsolidierungsergebnis). Dementsprechend hat die Ortsgemeinde Gielert die bestehenden Liquiditätskredite um mindestens 5.703 € jährlich zu verringern. Ausweislich des vorläufigen Jahresergebnisses 2017 konnte eine Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde tatsächlich nicht realisiert werden.

Insofern muss die Ausnahmeregelung des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Konsolidierungsvertrages in Anspruch genommen werden. Demnach müssen die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert werden, wenn die Mindest-Netttilgung in besonderen Einzelfällen ausnahmsweise trotz der Entschuldungshilfen und einer strengen Haushaltsdisziplin nicht realisiert werden kann.

Die um den Saldo der vorfinanzierten Investitionsauszahlungen bereinigten Liquiditätskredite der Ortsgemeinde Gielert erhöhen sich um 8.683 € (siehe Darstellung des Konsolidierungspfades).

Die ursprünglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen konnten nicht vollumfänglich erfüllt werden. Der seitens der Ortsgemeinde zu erbringende Konsolidierungsanteil beläuft sich auf 2.376 €. Tatsächlich erreicht wurde ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 1.079,24 €, mithin fehlen 1.296,76 €. Nicht in vollem Umfang realisiert werden konnte die geplante Entnahme aus der Sonderrücklage des Forstverbandes Thalfang. Diese wurde nach Entnahme des noch zur Verfügung stehenden Betrages in Höhe von 745,25 € vollständig aufgezehrt. Vertragsgemäß sollte die Erbringung der eigenen Konsolidierungsleistung ab diesem Zeitpunkt aus einer Entnahme der Rücklage aus Sondernutzungsentgelten Windenergie erfolgen. Im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ortsgemeinde wurde festgestellt, dass die Bildung einer Rücklage aus Sondernutzungsentgelten haushaltsrechtlich nicht zulässig war. Infolgedessen wurde die Rücklage mit der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 vollständig aufgelöst und kann als Konsolidierungsmaßnahme nicht mehr herangezogen werden.

Seitens der Ortsgemeinde wird angestrebt, eine neue Konsolidierungsmaßnahme im Wege einer Nachholungsvereinbarung in den Konsolidierungsvertrag aufzunehmen. Im Haushaltsjahr 2017 erhielt die Ortsgemeinde erstmals anteilige Erlöse aus dem Solidarfonds „Windenergie und Photovoltaik“. Diese sind betragsmäßig geeignet, die nun entfallende Entnahme aus der Rücklage der Sondernutzungsentgelte Windenergie zu kompensieren.

Die Mindestnetttilgung in Höhe von 5.703 € wäre, auch bei voller Erfüllung der vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2017 nicht möglich gewesen, da trotz einer strengen Haushaltsdisziplin ein Finanzmittelüberschuss in dieser Höhe nicht erreicht werden konnte.

Mitursächlich hierfür ist das Missverhältnis zwischen originären Erträgen der Ortsgemeinde und Aufwendungen für Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung sowie die hohe Umlagebelastung der Ortsgemeinde durch Verbandsgemeindeumlage, Kreisumlage, sowie die Betriebskostenumlage für die Grundschulen Thalfang und Heidenburg. Selbst bei einer vollständigen Reduzierung der derzeit in minimalem Umfang wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben der Selbstverwaltung kann ein Haushaltsausgleich im Finanzhaushalt und damit eine Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde tatsächlich nicht erfolgen.

Kurzfristig realisierbare Konsolidierungspotentiale wurden in einem angemessenen Rahmen seitens der Ortsgemeinde umgesetzt, sodass die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde wenigstens im möglichen Umfang erfolgt ist.